



Von Klaus Ness

## Frau Dr. Seltsam oder: Es fährt ein Zug nach nirgendwo

Im Sommer 2008 bezeichnete Saskia Ludwig den Brandenburger Landesverband ihrer Partei in einem Positionspapier als die „schlechteste CDU Deutschlands“. Das war zu einer Zeit, als die Brandenburger Christdemokraten als Juniorpartner der SPD noch ordentliche Regierungspolitik machten. Saskia Ludwig wollte mehr. Nachdem sich Johanna Wanka entschieden hatte, ihre Karrierechancen im Westen zu suchen, steht Frau Ludwig nun selbst an der Spitze der inzwischen oppositionellen Brandenburger CDU.

Seither ist kaum eine Woche vergangen, in der sie nicht mit skurrilen Aussagen, bizarren Beiträgen, abwegigen Äußerungen, widersprüchlichen Positionierungen, schrillen Anschuldigungen und ideologischem Kampfgeschrei aufgefallen wäre.

Gewiss, wer weitgehend unbekannt ist im Land, der muss sich so gut es geht bemerkbar machen: Klappern gehört zum oppositionellen Handwerk. Wo aber der Bezug zur Realität völlig verlorengelht, wo Politikern sämtliche Kategorien verrutschen, wo jede Verhältnismäßigkeit und jeder Anstand verloren geht – da lässt sich vielleicht Aufmerksamkeit erzielen, vor allem aber Befremden und echtes Entsetzen. Man fragt sich, was treibt Saskia Ludwig zu so absurden Behauptungen, wie derjenigen: Im Land Brandenburg herrsche heute der „Kommunismus-Sozialismus unter Platzeck“? Worauf will sie hinaus, wenn sie das wichtige politische Ziel der sozialen Gerechtigkeit als „trojanisches Pferd des Totalitarismus“ verunglimpft? Was um Himmels willen meint Saskia Ludwig, wenn sie in der Dezember-Landtagsdebatte in einer Pauschalbeschimpfung der Brandenburger sagt: „Als Ministerpräsident würde ich mich fragen, warum gerade die Brandenburger (...) den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie nicht verstehen.“



Man muss sich das alles auf der Zunge zergehen lassen. Hier versucht also offenbar die Vorsitzende einer Oppositionspartei dadurch Zustimmung zu erlangen, dass sie völlig abwegige Thesen verbreitet und nebenbei noch wüste Publikumsbeschimpfung betreibt. Die Brandenburger wissen aber sehr gut, dass ihr Ministerpräsident Matthias Platzeck nicht in einer historischen Reihe mit Stalin, Enver Hoxha und Kim Jong-il steht. Sie haben in Wahlen und Umfragen immer wieder ihrem mehrheitlichen Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit Ausdruck verliehen. Und die allermeisten Menschen in Brandenburg finden es auch zweifellos überhaupt nicht witzig, von Frau Oberlehrerin Dr. Ludwig pauschal attestiert zu bekommen, sie seien zu naiv oder zu ahnungslos zwischen Demokratie und Diktatur zu unterscheiden.

Es trifft sicherlich zu, dass die Brandenburger CDU nach zwei Jahrzehnten interner Auseinandersetzungen zum Zeitpunkt von Saskia Ludwigs Machtübernahme in keinem guten Zustand war. Seitdem aber hat Frau Ludwig den hiesigen Landesverband mit geradezu atemberaubender Konsequenz ins vollständige politische und gesellschaftliche Abseits manövriert. Gesprächsfäden werden abgerissen, frühere Partner systematisch verprellt, Bürgerinnen und Bürgern vor den Kopf ge-

stoßen. Die Ludwig-CDU ist drauf und dran, alle Brücken zur Wirklichkeit niederzureißen. Während die Vorsitzende Journalisten vieler brandenburgischer Medien mit Gerichtsverfahren überzieht, gibt sie zugleich gerne Interviews in dubiosen Blättern vom äußersten rechtskonservativen Rand wie der „Jungen Freiheit“ und der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“. Dort versteigt sie sich dann zu Beschreibungen der Brandenburger Landespolitik und des Ministerpräsidenten, die den Eindruck vermitteln, auf seinem Weg in den Kommunismus bereite Brandenburg gerade den Austritt aus der Bundesrepublik Deutschland oder gar – möglichst am 13. August 2012 – den Bau einer neuen Mauer vor. Das alles ist nur noch bizarr.

Man könnte Saskia Ludwig „Geradlinigkeit“ bescheinigen, aber diese Eigenschaft schreibt man einem Elefanten im Porzellanladen üblicherweise auch nicht zu. Nein, der Fall Ludwig ist wohl anders gelagert. Hier ist es einer rechtskonservativen Ideologin gelungen, sich an die Spitze einer schwer angeschlagenen und verunsicherten Partei zu setzen, indem sie ihr weismachte, sie allein besitze einen klaren Kompass, kenne Ziel und Richtung. Damit ist Saskia Ludwig ein wirkliches Phänomen. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und auch in der Geschichte der ostdeutschen Bundesländer haben die Volksparteien üblicherweise versucht, die ganz normalen Menschen in der Mitte der Gesellschaft zu erreichen und zu überzeugen. Der politische Wettbewerb in Deutschland ist ein Wettbewerb um solche Wähler. Doch deren Ansichten und Anliegen sind Frau Ludwig herzlich gleichgültig.

Noch unbegreiflicher ist nur, dass sich die Brandenburger CDU-Vorsitzende nicht einmal darum schert, was die noch verbliebenen Anhänger ihrer eigenen Partei denken.

Ausweislich einer aktuellen Forsa-Umfrage im Auftrag der Aufarbeitungs-Enquete des Landtages sind nämlich 63 Prozent der Brandenburger CDU-Anhänger der Meinung, dass die Lebensleistungen der Ostdeutschen heute nicht ausreichend anerkannt werden. Fast die Hälfte (46 Prozent) der Brandenburger CDU-Wähler lehnen den Begriff „Unrechtsstaat“ für die DDR ab. Volle 50 Prozent der CDU-Anhänger meinen sogar, mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung müsse endlich ein Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen und mehr in die Zukunft geschaut werden.

Fast schon amüsant angesichts der Tiraden von Frau Ludwig ist, dass die Brandenburger CDU-Anhänger mit dem politischen System in ihrem Bundesland zufriedener sind als mit dem System auf Bundesebene (Brandenburg: 57 Prozent, Bund: 44 Prozent). Einen Rat für die Ludwig-CDU hätten deren Anhänger übrigens auch: 62 Prozent der CDU-Wähler sind nämlich der Meinung, dass es nicht die Aufgabe der politischen Opposition ist, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen. Frau Ludwigs Strategie sieht aber anders aus: „2014 werden die Bürger dann die Wahl haben zwischen Kommunismus-Sozialismus unter Platzeck oder einer freiheitlichen Alternative der bürgerlichen Parteien ohne ideologische Bevormundung durch die Politik.“ Angesichts der Stimmung in der CDU-Wählerschaft könnte es sein, dass Frau Ludwig, die wie weiland Franz Josef Strauß den Sozialismus zu Lande, zu Wasser und in der Luft bekämpfen will, bald niemand mehr folgt. Der Brandenburger CDU und der politischen Kultur in unserem Land wäre es zu wünschen.

ViSP:  
Lars Krümey  
Alleestraße 9  
14469 Potsdam

Tel.: 03 31/73 09 80-0  
Fax: 03 31/73 09 80-60

Brandenburg

SPD

# Über 196 Millionen Euro mehr für unsere Kommunen

Die Landkreise, Städte und Gemeinden können in diesem Jahr mit deutlich mehr Geld aus dem Landeshaushalt rechnen als im Vorjahr und als noch im September des vergangenen Jahres prognostiziert wurde.

Dies geht aus einer aktualisierten Berechnung des Brandenburger Finanzministeriums für die sogenannten „Schlüsselzuweisungen“ im Jahr 2012 hervor. Gegenüber dem Vorjahr steigen die Schlüsselzuweisungen an die vier kreisfreien Städte insgesamt um rund 70 Millionen Euro und an die 14 Landkreise um 54,5 Millionen Euro. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden erhalten rund 72 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Die vier kreisfreien Städte erhalten damit sogar rund 10 Millionen Euro und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden rund 28 Millionen Euro

mehr als noch im September vergangenen Jahres prognostiziert. Die Schlüsselzuweisungen an die Landkreise stiegen gegenüber dieser Prognose um 15 Millionen Euro. Grund für den weiteren Geldsegen ist der von der Rot-Roten Koalition beschlossene Landeshaushalt 2012. Manfred Richter, Sprecher der SPD-Fraktion für Kommunalfinanzen sagte gegenüber dem Roten Adler dazu: „Durch unsere Maßnahmen haben wir den Handlungsrahmen von Landkreisen, Städten und Gemeinden deutlich erhöht. Wir lassen nämlich die Gemeinden und Landkreise vorzeitig an der guten Einnahmeentwicklung im Landeshaushalt teilhaben. Die Politik der Rot-Roten Koalition unterscheidet sich damit deutlich von anderen Bundesländern. Dort wurden ausgeglichene Landeshaushalte nur deshalb erreicht, weil man bei den Lan-

deszuweisungen für die Kommunen massiv gekürzt hat. Das ist mit uns so nicht zu machen.“

Zugleich mahnte Manfred Richter Landkreise und kreisfreie Städte weiter zur Sparsamkeit. Er sagte: „Die gute Entwicklung bei den Steuereinnahmen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Landeshaushalt bis zum Jahr 2020 von derzeit zehn auf rund acht Milliarden Euro sinkt, weil die Sonderförderung Ost ausläuft und auch EU und Bundesförderprogramme zur Verfügung stehen werden. Deshalb müssen auch Landkreise, Städte und Gemeinden Konsolidierungsmaßnahmen angehen. Denn sie erhalten ebenfalls durchgereichte Aufbaumittel. Auch bei den EU-Fördergeldern, die meist an die Kommunen weitergereicht werden, müssen sich die Kommunen auf mas-

sive Einschnitte einstellen. Mit weniger Geld klarzukommen bleibt eine zentrale Aufgabe für alle.“

Kritik äußert Manfred Richter vor allem an der schwarz-gelben Bundesregierung. „Sie muss sich endlich zu einer stärkeren Verantwortung für die Kommunen bekennen. Zwar hat sich die Bundesregierung endlich dazu entschlossen, die Kommunen von den massiv steigenden Kosten der Grundsicherung im Alter zu befreien; wir sind aber skeptisch, dass dieser Schritt allein ausreicht, die massiv steigenden Soziallasten der Kommunen abzufedern.“ Mit einem sozial gerechten Steuersystem und der Einführung der Finanztransaktionssteuer könnten die Kassen von Bund, Ländern und Kommunen entlastet werden, so der konkrete Vorschlag von Manfred Richter.

## SERIE: Bildung

## Brandenburg 2030

### Den Zwängen eine Vision abpressen

Zeitgleich mit dem Beginn der Diskussion über eine zukunftsfähige brandenburgische Bildungspolitik fielen große bildungspolitische Demonstrationen und Proteste vor dem Landtag. Dabei eint die Kritiker lediglich die finanzielle Ausstattung des Bildungswesens. Eine inhaltliche Auseinandersetzung, die Bildungsbiografien in den Blick nimmt und die Bildungsteilhabe aller Brandenburger in hoher Qualität zum Ziel hat, ist nicht erkennbar.

Es wird protestiert gegen die Neuorganisation der Staatlichen Schulämter, die Abschaffung der Allgemeinen Förderschule im Zuge der Inklusion oder aber Finanzkürzungen für die privaten Schulen. Für die eigenen Interessen zu streiten und um politische Unterstützung dafür zu werben ist legitimes und gutes Recht in unserem Land.

Als brandenburgische Sozialdemokraten ist es aber unsere Aufgabe, den Anspruch auf gute Bildung für alle zu ermöglichen. Von der Kita bis zum lebenslangen Lernen, von Perleberg bis Senftenberg. Dafür haben uns die Menschen gewählt und vertrauen darauf, dass Bildung als Grundlage und Voraussetzung für ein gutes Leben kein leeres Versprechen ist.

Unser Vorhaben, ein Leitbild für „Bildung 2030“ zu diskutieren, ist ambitioniert aber unter dem Eindruck zurückgehender Einnahmen des Landes und der Kommunen und einer erneuten Halbierung der Geburtenzahlen bis 2030 absolut notwendig. Es ist dringender denn je, die Potenziale aller auszuschöpfen und die jungen Brandenburger zu einem bestmöglichen Schul- und Bildungsabschluss zu führen. Wir können es uns nicht leisten, 10 Prozent eines Jahrgangs ohne Schulabschluss und 20 Prozent ohne Berufsabschluss zurückzulassen. Wir müssen die Grundlagen neu ausrichten. Wir wollen, dass mehr Kinder von Anfang an die Kitas besuchen, deren Bildungsauftrag ausgebaut wird. Alle Schulen sollen Ganztagschulen werden. Schulen in der Fläche wollen wir erhalten beispielsweise durch Schulverbände. Die Ausbildung der Lehrer an der Uni Potsdam wollen wir weitgehend reformieren, damit sie neuen Herausforderungen individueller Bildung gewachsen sind. Unsere Hochschulen wollen wir entsprechend regionaler Bedarfe neu strukturieren, aber auch damit sie international wettbewerbsfähig sind. Das alles wollen wir in den nächsten Monaten diskutieren. Ideen und Beiträge, auch kontroverse und gegen den Strich büstende, sind nicht nur willkommen sondern gewünscht.

Manja Orłowski & Martin Gorholt

SPD Unterbezirk Oberhavel mit landesweitem Rekord

## Traumstart in Oberhavel

Etwa 160 SPD-Mitglieder und Personen des öffentlichen Lebens im Landkreis Oberhavel sind der Einladung zum traditionellen Neujahrsempfang des SPD-Unterbezirks und der SPD-Kreistagsfraktion Oberhavel am 6. Januar 2012 in die Orangerie des Oranienburger Schlosses gefolgt.

In angenehmer Atmosphäre blickte man gemeinsam auf das vergangene Jahr zurück und wagte Ausblicke auf die Herausforderungen des neuen Jahres. In den Reden der UB-Vorsitzenden Andrea Suhr und des Fraktionsvorsitzenden Andreas Nock kam zum Ausdruck, dass wir in Oberhavel auch auf das Erreichte stolz sein können, der Landkreis ist einer der drei führenden in Ostdeutschland. Die kulturelle Umrahmung des Abends gestalteten die „Sozi-Singers“, die alle SPD-Mitglieder aus Oberhavel sind. Neben traditionellen Arbeiterliedern „Wann wir schreiten Seit an Seit“ und „Glück auf der Steiger kommt“ wurden die Gäste durch zwei neue Texte bekannter Melodien überrascht und zum Mitsingen animiert.

Eine besonders angenehme Aufgabe hatten die UB-Vorsitzende Andrea



Karsten Peter Schröder (l.) und Andrea Suhr (r.) mit den beiden „Neuen“: Helena und Johannes Reetz.

Suhr und der Geschäftsführer Karsten Peter Schröder. Während des Empfanges erfolgte die symbolische Aufnahme zweier neuer Mitglieder in die SPD. Die Geschwister Helena Reetz (16) und Johannes Reetz (14) kommen aus Hohen Neuendorf. Ein Wunsch von Andrea Suhr wurde damit teilweise erfüllt, sie wünscht sich eine Verjüngung der Partei und mehr aktive Genossinnen, beides trifft in diesem Falle zu, denn die beiden haben sich gleich mit den Jusos zur nächsten Zusammenkunft verabredet. Besonders bemerkenswert dabei ist, dass Johannes Reetz mit seinen 14 Jahren nicht nur das jüngste Vollmitglied in Oberhavel, sondern auch im gesamten Landesverband Brandenburg der SPD ist.



## SPD-Arbeitnehmer mit neuem Vorstand

Ende Januar wählte die Mitgliederversammlung der Brandenburger Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) nach zweijähriger Amtszeit ihren Vorstand neu.

Der bisherige Landesvorsitzende Detlef Baer aus Potsdam-Mittelmark wurde in geheimer Wahl mit 93 Prozent der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Gudrun Utz (Oberhavel) und Robert Crumbach (Potsdam) bestimmt.

Der als Gastredner auftretende Dieter Scholz, Geschäftsführer der DGB-Initiative „Index Gute Arbeit“ betonte, dass „Gute Arbeit“

mehr sei, als ausschließlich eine leistungsgerechte Entlohnung. Sie umfasse auch die Mitbestimmung der Beschäftigten, eine menschenwürdige Behandlung am Arbeitsplatz sowie Chancengleichheit und Vermeidung jeglicher Diskriminierung am Arbeitsplatz, machte er in seinen Ausführungen deutlich.

In seinem Geschäftsbericht betonte Baer, dass die bereits seit 2004 von der AfA aufgestellte Forderung nach einem Landesvergabegesetz durch die Landesregierung nun verwirklicht wurde. „Gerade in der heutigen Zeit“, stellte Baer fest, „zeigt die Brandenburger Landesregierung, dass sie aktiv gegen Billiglöhne und Lohndumping vorgehen wird und



Mike Schubert, Detlef Baer, Gudrun Utz, Reinhard Porazik und die DGB-Vorsitzende Doro Zinke.

für soziale Gerechtigkeit im Lande eintritt.“

Mit Mike Schubert, Leiter der Kommission „Leitbild Brandenburg 2030“, diskutierten die Teilnehmer der AfA Landeskongress am Nachmittag über die Entwicklung im Land Brandenburg in den kommen-

den Jahren. Hier schloss sich wieder der Kreis zum Gastreferat von Dieter Scholz. Es wurde deutlich, dass „Gute Arbeit“ und damit verbunden „Gute Einkommen“ sowie die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und der Tarifpartner unerlässlich sind für ein lebenswertes Brandenburg auch in Zukunft.



### Schwesig zu Gast in Frankfurt

Vor mehr als 130 Gästen aus Politik, Wirtschaft, sozialen Einrichtungen und Vereinen, Kultur, Kunst, Bildung sowie der Wissenschaft und natürlich ihren Mitgliedern konnte die Frankfurter SPD Manuela Schwesig auf ihrem Neujahrsempfang begrüßen. Die Ministerin und stellvertretende Parteivorsitzende mit Frankfurter Wurzeln rechnete nicht nur mit der Politik der Bundesregierung ab, sondern nahm die Gäste auch sogleich in die Pflicht: „Das Jahr ist jung – es liegt viel Arbeit vor uns. Es ist ein wichtiges Jahr für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Lasst es uns nutzen!“

### SPD Wustermark und Jusos Brandenburg zur Energiewende

Zahlreiche Interessierte sahen sich gemeinsam mit dem OV Wustermark (Havelland) und den Jusos Brandenburg in der Aula der Grundschule Wustermark den Dokumentarfilm „Die 4. Revolution“ an.

Nach Ansicht der Filmemacher folge der Agrarrevolution, der industriellen Revolution und der Internetrevolution nun die Energierevolution hin zu erneuerbaren Energien. Eine zentrale Rolle nimmt der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer im Film ein. Zum Einsatz erneuerbarer Energien werden im Film Beispiele aus allen Teilen der Welt

gezeigt, unter anderem aus dem Nordwesten Dänemarks, wo eine Halbinsel mit 50.000 Einwohnern vollständig mit erneuerbaren Energien versorgt wird. Auch in der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass Strom- und Wärmeversorgung zusammen betrachtet werden sollten. So entfallen ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland auf den Heizungsbereich.

Übrigens: Der OV Wustermark verleiht die DVD und hilft gern bei der Organisation von Veranstaltungen zur Energiewende (Kontakt: mail@leon-bucher.de).

Beratungsstelle zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

## Stark für Abschlüsse

Am 11. Januar besuchte die SPD-Bundestagsabgeordnete Andrea Wicklein die erste brandenburgische Beratungsstelle zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, um sich über die dort zu leistende Arbeit zu informieren.

Die Bundesregierung hat ein Gesetz verabschiedet, dass die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zum Inhalt hat. Dieses Gesetz tritt zum 1. April 2012 in Kraft. Andrea Wicklein stellte bei ihrem Besuch

fest: „Das Gesetz ist ein wichtiger und richtiger Schritt, auch um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten. Aber es kann nur ein erster Schritt sein. Die Bundesregierung ist weit hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben. In dem Gesetz ist kein Rechtsanspruch auf eine Beratung verankert. Zudem gibt es nach wie vor keinen Anspruch auf eine Qualifizierung.“ Beides hatte die SPD in ihrem Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf gefordert. Bereits seit dem 1. Januar können sich



v.l.n.r.: Julia Lexow-Kapp (Mitarbeiterin der Beratungsstelle), Andrea Wicklein (Mitglied des Deutschen Bundestages), Wioletta Wlodarczyk (Leiterin der Beratungsstelle)

Migranten in Brandenburg beraten lassen, ob und wie ihre im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen in Deutschland anerkannt werden. Damit ist die Beratungsstelle eine der ersten bundesweit. Derzeit ist

für Brandenburg ausschließlich die Beratungsstelle in Potsdam zuständig. Ab 2013 werden noch zwei weitere Beratungsstellen hinzukommen, deren Standorte aber noch nicht feststehen.